

Niederschrift PLBUA/VIII/12

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 07.07.2011 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende

Lembeck, Guido

Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred
Espelkott, Tobias
Hemker, Leo
Kreutzfeldt, Klaus-Peter
Mensing, Hartwig

Als Vertreter für Günter
Riermann

Schaten, Peter
Steindorf, Ralf

Als Vertreter für Klaus
Schenk

Weber, Winfried

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister
Brodkorb, Anne	stellv. Fachbereichsleiterin
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriftführerin

Die Ratsmitglieder als Zuhörer

Everding, Klara

Es fehlten entschuldigt:

Der Ausschussvorsitzende

Schenk, Klaus

Die Ausschussmitglieder

Riermann, Günter

Beginn der Sitzung:

19:00 Uhr

Ende der Sitzung:

22:10 Uhr

Tagesordnung

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck begrüßte die Ausschussmitglieder, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, Frau Everding als Ratsmitglied sowie Herrn Wittenberg von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 28. Juni 2011 form- und fristgerecht geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

1.1 Nutzung des Alarmparkplatzes der Freiwilligen Feuerwehr im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Frau Everding teilte mit, dass der Alarmparkplatz für die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Rosendahl in der Straße „Elsen“ nicht genutzt werde, weil der Gehsteig an dieser Stelle nicht abgesenkt worden sei.

Bürgermeister Niehues sagte eine Überprüfung zu.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Blitzableiter an der Mensa der Verbundschule Legden Rosendahl - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf fragte, ob es richtig sei, dass beim Bau der Mensa der Verbundschule Legden Rosendahl die Installation eines Blitzableiters vergessen worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Installation des Blitzableiters nicht vergessen worden sei, sondern zu den noch ausstehenden Restarbeiten gehöre. Der Auftrag dafür habe erst nach der Verabschiedung und Genehmigung des Haushaltes erteilt werden können und werde deshalb erst jetzt ausgeführt.

2.2 Fertigstellung der Bürgersteige in der Handwerkerstraße im Ortsteil Holtwick - Herr Steindorf

Fraktionsvorsitzender Steindorf verwies auf die schon seit langem von den Anliegern gewünschte Fertigstellung der Bürgersteige an der Handwerkerstraße im Ortsteil Holtwick.

Inzwischen sei im Bereich zwischen Fensterbetrieb und Waldkinderkarten ein Provisorium angelegt worden. Er fragte, ob dies verwaltungsseitig so geplant und gewünscht sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass es mehrfach Probleme bei starken Niederschlägen gegeben habe, da das Wasser dann nicht abgelaufen sei. Daher habe man sich entschlossen, einen provisorischen Schotterstreifen anzulegen, in den auch einige Abläufe eingebaut worden seien, um dieses Problem zu beheben. Ein endgültiger Ausbau der Straße sei wegen der Haushaltslage nach wie vor nicht möglich.

2.3 Installation des Blitzableiters an der Mensa der Verbundschule Legden Rosendahl - Herr Mensing

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob es richtig sei, dass für die Installation der Blitzschutzanlage an der Mensa der Verbundschule Legden Rosendahl Erdarbeiten getätigt werden müssten, um Leitungen rund um das Gebäude zu verlegen und ob man diese Arbeiten nicht schon bei der Erstellung des Rohbaus hätte ausführen können.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung zu.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Brodkorb berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der öffentlichen Ausschusssitzung am 12. Mai 2011.

Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

4 Stellungnahme der Gemeinde Rosendahl zur Fortschreibung des Regionalplanes Münsterland Vorlage: VIII/288/1

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/288/1 sowie die von der CDU-Fraktion (**Anlage I**) und der WIR-Fraktion (**Anlage II**) zusätzlich vorgelegten Vorschläge für eine Stellungnahme. Er schlug vor, die einzelnen Punkte nach Themen abzuarbeiten, um zu einem Konsens bzw. zu Beschlussvorschlägen für die endgültige Stellungnahme zu kommen.

Vorlage der Verwaltung, Punkte 1 bis 3 des Beschlussvorschlages:

Fraktionsvorsitzender Mensing gab zu bedenken, dass die Angabe von Flächengrößen in den drei Punkten der Verwaltungsvorlage möglicherweise mit den neu eingebrachten Vorschlägen kollidieren könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf wies darauf hin, dass es sich bei der Verwaltungsvorlage um die Ausweisung von Allgemeinen Siedlungsbereichen handele.

Zum Vorschlag des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Lembeck, über die

Punkte 1 bis 3 abzustimmen, erklärte Fraktionsvorsitzender Weber, dass die Fraktion Bündnis 90/Grüne grundsätzlich alles ablehnen werde, weil sie das gesamte Verfahren aufgrund der fehlenden Bürgerbeteiligung missbillige. Die Fraktion Bündnis 90/Grüne überlege sogar, gegen diese Vorgehensweise zu klagen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck erklärte, dass die Rats- und Ausschussmitglieder als Vertreter der Bürger gewählt worden seien und nicht die Verantwortung wieder auf den Bürger abschieben können.

Fraktionsvorsitzender Weber war der Ansicht, dass eine Diskussion mit der Bevölkerung einer Entscheidung durch die Rats- und Ausschussmitglieder auf jeden Fall vorausgehen müsse.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck verwies hier auf die Internetseite der Bezirksregierung, auf der man die Möglichkeit habe, den Entwurf des Regionalplanes abzurufen und online eine Stellungnahme abzugeben. Dies stehe jedem Bürger offen.

Eine Abstimmung über die Punkte 1 bis 3 wurde an dieser Stelle nicht durchgeführt, da zunächst eine Beratung der weiteren Vorschläge und Stellungnahmen erfolgen sollte.

Vorlage der Verwaltung, Punkt 4:

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion grundsätzlich einen Ausbau der regenerativen Energien wünsche, aber momentan keine Entscheidung zu diesem Thema treffen wolle, da auf allen Ebenen, die gesetzlich relevant seien, noch diskutiert werde und somit eine rechtliche Festlegung fehle. Er plädiere dafür, dieses hochgradig sensible Thema separat zu diskutieren und eine Entscheidung erst dann zu treffen, wenn Rechtssicherheit bestehe.

Fraktionsvorsitzender Mensing wies darauf hin, dass die Stellungnahme zum Thema regenerative Energien bis zum 31. Dezember 2011 möglich sei.

Bürgermeister Niehues bestätigte dieses, erklärte aber, dass er unbedingt ein Signal benötige, in welche Richtung eine Entscheidung gehen werde. Er habe jede Woche mehrere Anfragen von Landwirten zu diesem Thema. Es müsse am heutigen Abend nicht über Standorte diskutiert werden, aber es sei wichtig, grundsätzlich festzulegen, ob es einen weiteren Ausbau der Windenergienutzung in der Gemeinde Rosendahl geben solle oder nicht. Wenn die Fraktionen noch Beratungsbedarf hätten, müsse nicht in der heutigen Sitzung entschieden werden, aber spätestens in der kommenden Ratssitzung am 14. Juli 2011.

In der sich anschließenden sehr ausführlichen Diskussion machten die Fraktionen ihre Standpunkte deutlich.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte für die CDU-Fraktion, dass die Ausweitung der Nutzung von Windenergie ausdrücklich gewünscht werde, allerdings ohne jetzt schon konkrete Standorte dafür auszuweisen. Man stelle sich vor, dass dahingehende Anfragen von interessierten Bürgern gesammelt würden, um dann zu beraten, wie weit man deren Wünsche berücksichtigen könne. Erst nach der Verabschiedung eines Gesetzes könne man über Optionen für einen Bürgerwindpark nachdenken.

Fraktionsvorsitzender Mensing machte deutlich, dass die WIR-Fraktion der Ausweisung neuer Windeignungsgebiete positiv gegenüber stehe und dabei insbesondere

die beiden außerhalb der Windeignungszone COE 01 liegenden Windräder mit einbezogen werden sollen. Die Ausweisung von Flächen zum jetzigen Zeitpunkt halte auch er für verfrüht, da die Gefahr bestehe, dass sich dann Investoren mit attraktiven Angeboten bei den Landwirten vorstellten. Wichtig sei die Akzeptanz der Bevölkerung auszuloten und mit den Eigentümern zu sprechen. Man könne den Bürgermeister auffordern, Gespräche zu führen und nach geeigneten Windflächen zu suchen.

Fraktionsvorsitzender Weber teilte mit, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen keine neuen Windvorranggebiete ausweisen wolle, sondern für die Genehmigung von Einzelanlagen plädiere, deren Standorte durchaus auch in Waldgebieten liegen dürften.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt erklärte, dass er sämtliche Überlegungen ohne eine Gesetzesgrundlage für „ein Stochern im Nebel“ halte.

Bürgermeister Niehues bat nochmals eindringlich um einen Grundsatzbeschluss, damit er Gespräche mit der Bezirksregierung und den betroffenen Landwirten führen könne und formulierte folgenden **Beschlussvorschlag**:

Die Gemeinde Rosendahl steht den erneuerbaren Energien positiv gegenüber und wünscht die Ausweisung weiterer Windeignungsstandorte im Gemeindegebiet für einen Bürgerwindpark/Bürgerwindräder.
Der Bürgermeister wird beauftragt, mit der Bezirksregierung und betroffenen Grundstückseigentümern hierüber Gespräche zu führen.

Fraktionsvorsitzender Steindorf beantragte eine Sitzungsunterbrechung, damit die CDU-Fraktion nochmals beraten könne.

Nach einer Sitzungsunterbrechung um 20:05 Uhr wurde die Sitzung um 20:10 Uhr fortgesetzt.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion weitgehend dem Vorschlag des Bürgermeisters Folge leisten könne. Die CDU-Fraktion stehe der Ausweisung neuer Windeignungsstandorte positiv gegenüber, jedoch **ausschließlich** für Bürgerwindparks/Bürgerwindräder. Außerdem solle der Bürgermeister ermächtigt werden, nur mit der Bezirksregierung hierüber Gespräche zu führen. Mit den Landwirten sollen Gespräche erst geführt werden, wenn die Politik über die möglichen Standorte beraten habe.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt ging diese Einschränkung zu weit. Die SPD-Fraktion wolle nicht ausschließlich Bürgerwindparks/Bürgerwindräder, sondern möglichst viele. Er beantrage daher, im Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion das Wort „ausschließlich“ gegen „vorrangig“ auszutauschen.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck ließ sodann über folgenden **Vorschlag abstimmen**:

Die Gemeinde Rosendahl steht den erneuerbaren Energien positiv gegenüber und wünscht die Ausweisung weiterer Windeignungsstandorte im Gemeindegebiet **vorrangig** für einen Bürgerwindpark/Bürgerwindräder.
Der Bürgermeister wird beauftragt mit der Bezirksregierung hierüber Gespräche zu führen.

Abstimmungsergebnis:

3 Ja Stimmen

6 Nein Stimmen

mit einer kleineren Fläche als 12 ha realisieren zu können.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt teilte mit, dass die SPD-Fraktion dieses Ansinnen unterstützen werde, da damit der Tourismus im Ortsteil Darfeld gestärkt werden könne.

Fraktionsvorsitzender Steindorf gab zu Bedenken, dass bereits beim Bau der Umgehungsstraße die Landwirte nur ungern bereit waren, Flächen dafür abzugeben. Ähnliches erwarte er für eine Flächenvergabe für einen Campingplatz, so dass er dafür plädiere, keine Flächenfestlegung vorzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Mensing antwortete, dass von der WIR-Fraktion lediglich ein signalgebender Beschluss gewünscht werde und bat um entsprechende Abstimmung.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck ließ sodann über den Vorschlag der WIR-Fraktion **abstimmen**, zukünftig durch die Errichtung eines Campingplatzes den Tourismus im Ortsteil Darfeld zu fördern:

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Es wurde vereinbart, diesen Punkt nicht der aktuellen Stellungnahme zur Fortschreibung des Regionalplanes beizufügen.

Vorschlag der CDU-Fraktion und der WIR-Fraktion zur Ausweisung von Flächen zum Schutz der Landschaft und Natur im Regionalplan:

Fraktionsvorsitzender Mensing teilte mit, dass der Vorschlag der CDU-Fraktion zu den im Regionalplan ausgewiesenen Flächen zum Schutz der Natur weitergehender sei und von der WIR-Fraktion unterstützt werde.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass die CDU-Fraktion der Ansicht sei, dass die Flächen zum Schutz der Landschaft und der Natur im Regionalplan zu großzügig bemessen worden seien. Zudem würden damit die Landwirte in der Entwicklung und Ausweitung ihrer Betriebe behindert. Er wünsche sich eine deutliche Willensbekundung seitens der Ausschussmitglieder, die in die endgültige Stellungnahme aufgenommen werden könne.

Fraktionsvorsitzender Mensing ergänzte, dass sogar in den Erläuterungen zum Regionalplan dargelegt sei, dass nicht alle unter Schutz gestellten Flächen auch tatsächlich schutzwürdig seien.

Bürgermeister Niehues formulierte folgenden **Beschlussvorschlag**:

Der Rat der Gemeinde Rosendahl fordert den Regionalrat auf, die Flächen zum Schutz der Landschaft und der Natur auf die im Landschaftsplan für die Gemeinde Rosendahl vom 25.10.2004 dargestellten Landschaftsflächen zu beschränken, da die Notwendigkeit einer über den Landschaftsplan hinausgehenden Unterschutzstellung nicht gesehen wird.

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck ließ über diesen Vorschlag **abstimmen**:

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen
1 Nein Stimme
1 Enthaltung

Pumpenleistung von 20.000 Liter/Stunde vorgehalten werden, die für die Löschwasserversorgung mit herangezogen werden können.

Der Ausschuss folgte dem Vorschlag der Verwaltung und fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Dem Beschlussvorschlag entsprechend der der Sitzungsvorlage VIII/316/1 beigefügten Empfehlung wird zugestimmt.

Die 1. Änderung des Bebauungsplanes "Zweite Erweiterung Gewerbegebiet Eichenkamp", Ortsteil Osterwick, wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/316 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja Stimmen
1 Enthaltung

- 7 **Aufstellung des Bebauungsplanes "Westlich der Schöppinger Straße", Ortsteil Osterwick, im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/318

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/318.

Der Ausschuss folgte dem Vorschlag der Verwaltung und fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Der Bebauungsplan "Westlich der Schöppinger Straße" wird gemäß §§ 1 Abs. 8 und 2 Abs. 1 in Verbindung mit den §§ 10, 13 und 13a des Baugesetzbuches (BauGB) und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NRW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/318 beigefügten Entwurf als Satzung beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8 **2. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Darfeld gemäß § 34 Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 Baugesetzbuch (BauGB)**
hier: Prüfung und Abwägung der Stellungnahmen gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gemäß § 10 BauGB
Vorlage: VIII/320

Stellvertretender Ausschussvorsitzender Lembeck verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/320.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt fragte, wieso die Baugenehmigung für den Generati-

onenpark „Kulturnbahnhof Darfeld“ vom Kreis Coesfeld erteilt werden müsse, obwohl doch der Park auf dem Bahngelände liege, das laut Anlage II der Sitzungsvorlage vom Eisenbahn-Bundesamt nicht förmlich freigestellt worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass das gesamte Bahngelände der Gemeinde Rosendahl gehöre und somit der Kreis Coesfeld für die Genehmigung zuständig sei. Die Widmung der Bahntrasse soll jedoch erhalten bleiben und stehe dem nicht entgegen.

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Brodkorb ergänzte, dass die Widmung der Bahntrasse den Sinn habe, die Bahnlinie wieder in Betrieb nehmen zu können. Eine anderweitige Nutzung der Flächen sei aber möglich. Die Aufstellung der Satzung sei erforderlich, da sich der Generationenpark sonst im Außenbereich befunden hätte.

Ausschussmitglied Kreuzfeldt fragte nach dem Sachstand in der Grundstücksangelegenheit der Familie Vielhauer, zumal deren Grundstück auch nach dem Satzungsbeschluss immer noch im Außenbereich liege.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Gemeinde Rosendahl zugesagt habe, die Bebaubarkeit des Grundstückes herzustellen. Dazu sei die Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Wohngebiet „Am Spielberg“ erforderlich, da der Kreis Coesfeld davon die Genehmigung des Generationenparks abhängig mache. Er wolle zunächst versuchen, im Gespräch mit der Familie Vielhauer und dem Arbeitskreis „Ideen für Darfeld“ eine Übereinkunft dahingehend zu erreichen, dass die Lärmquellen des Generationenparks anders positioniert werden, damit die Errichtung eines Lärmschutzwalles auf dem Grundstück der Familie nicht mehr erforderlich sei. Eine abschließende Klärung sei aber noch nicht erfolgt.

Fraktionsvorsitzender Mensing fragte, ob im Bereich der Bahntrasse auch weiterhin die Immissionsschutzgrenzen für Bahnlinien gelten, die einer Ausweisung von Wohnhäusern entgegen stünden.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass er die Bestimmungen dazu nicht kenne, aber davon ausgehe, dass dadurch kein Problem entstehe, da häufig Wohnhäuser direkt an Bahnlinien zu finden seien.

Stellvertretende Fachbereichsleiterin Brodkorb ergänzte, dass die Bahn bereits in vielen anderen Verfahren für direkt an der Bahnlinie liegende Projekte beteiligt worden sei und bisher keine negativen Äußerungen erfolgt seien.

Ausschussmitglied Hemker fragte, ob nicht doch die Gefahr bestehe, dass die Bahn irgendwann die Bahntrasse wieder für eine Bahnlinie nutzen wolle. Die Gemeinde Rosendahl habe trotz Grundstückskauf dann nicht das Recht, dieses zu verweigern.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass vom Beginn der Planungen an, alle an der Strecke liegenden Kommunen gewünscht hätten, den jeweiligen durch ihr Gemeindegebiet führenden Streckenabschnitt zu erwerben, um das Trassenband insgesamt erhalten zu können. Ohne einen Rückkauf könne nicht ohne weiteres wieder eine Bahnlinie eingerichtet werden. Dies sehe er aber in den kommenden Jahren nicht.

Fraktionsvorsitzender Steindorf erklärte, dass sich ihm die Erklärung für die Aufstellung des Bebauungsplanes „Am Spielberg“ noch immer nicht erschließe und er darauf hoffe, dass dies von Seiten der Verwaltung noch dezidiert vorgelegt werde.

Dies wurde von Bürgermeister Niehues bejaht.

Der Ausschuss fasste sodann folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Den Beschlussvorschlägen entsprechend den der Sitzungsvorlage VIII/320 beigelegten Empfehlungen wird zugestimmt.

Die 2. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über die Grenzen für den im Zusammenhang bebauten Ortsteil Darfeld wird gemäß § 34 Abs. 4 bis 6 in Verbindung mit § 10 BauGB und den §§ 7 und 41 der Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW), jeweils in der zurzeit geltenden Fassung, entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/320 beigelegten Entwurf beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Ausschussmitglied Espelkott war zu dieser Abstimmung nicht anwesend.

9 Mitteilungen

Es wurden verwaltungsseitig keine Mitteilungen vorgetragen.

10 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

Es wurden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

Die Sitzung wurde von 21:40 Uhr bis 21:45 Uhr für eine Pause unterbrochen.

Guido Lembeck
Stellv. Ausschussvorsitzende/r

Sabine Wisner-Herrmann
Schriftführer/in